

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1909. Nr. 551.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Erste Ausgabe

Mitgliederbeiträge f. d. Geschäftsstelle in Halle a. S. u. den Postämtern
20 Mk., Ausland 30 Mk., Bestellen am Schluss des Rechnungsjahrs die Höhe von 20
Mk., die übrigen f. d. Expedition in Halle a. S., zu allen bekannten Annahmestellen.

Belegpreis für Halle u. Umkreis 2.50 Mt., nach die Post bezogen 3 Mt. für das Vierteljahr.
Die Gültigkeit der Zeitung endet monatlich 1910. — Der *Paris- und Londoner* Briefkasten
gegenüber (vgl. Zeitungsbilanz), 25. Unterstadt (Sonntagsblätter), gegen Unterstadt.
Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Eing. Nr. Braunhausstr.
Verleger: Dr. Walter Oberländer in Halle a. S.

Donnerstag, 25. November 1909.

Geschäftsstelle in Berlin: Pfefferstraße 14.
Telephon Amt VI Nr. 11 491.
Druck und Verlag von Otto Zschelle in Halle a. S.

Eine deutliche Lehre.

Zeit gesammter Zeit stehen gewisse Kreise in Deutschland in einem förmlichen Wettbewerb um den Preis einer friedlichen Verständigung mit England, in dessen Höhe oft gar nicht zum Bewußtsein kommt, daß das vorgelegene Mittel unsere Sicherheit gefährdet. Es ist nicht zu bezweifeln, daß diese Bemühungen wirklicher Friedensliebe entbehren und sich mit den Versicherungen decken, die von antilager Seite in nicht mißzuverstehender Deutlichkeit den Engländern zu den verwerflichsten Males abgegeben worden sind. Wir haben nicht nur in jedem Jahre eine oder mehrere Verständigungsversuche über den Kanal erlebt, sondern in Vereinigungen der verschiedensten Art ist das Problem des Friedens nach allen Richtungen hin erörtert worden.

Man sollte nun glauben, daß auch bei unseren Vorfahren seitdem des Kanals diese vielen Vorteile einer friedlichen Verständigung dahin gewirkt hätten, daß man sich auch von dort aus mit dem Ziele eines friedlichen Nebeneinanderbestehens beschäftigen müßte. Leider klingt aber gerade in diesen Tagen eine Stimme zu uns herüber, die sich Echo unserer Friedensumgebungen bedeutet und unsere ernste Aufmerksamkeit erfordert. In der Royal United Service Institution ist vor einigen Tagen ein Vortrag gehalten worden, der sich mit der für England allerdings außerordentlich wichtigen Frage der Nahrungsmittelzufuhr im Kriege beschäftigte. Dieser Vortrag brachte eine Reihe von Zeugnissen, die darauf hinauszielten, das bestehende Völkerrecht zugunsten Englands zu beschneiden, um auf jeden Fall die Sicherheit der Nahrungsmittelzufuhr zu gewährleisten. Als dagegen Professor Holland die Beschlagnahme neutraler Schiffe für unzulässig hielt, so gleich man wahrheitsgemäß zu außerordentlichen Maßnahmen greifen müsse, erklärte ein Redner die Tendenz des Vortrages und die Meinung eines großen Teils der Zuhörer gültig, man dürfe sich im Kriege nicht allzu streng an die im Frieden getroffenen Abmachungen halten. Noch härter drückte sich Lord Ellenborough aus. Er meinte, daß England im Falle eines Krieges mit einer denkbaren Macht bedeutend mehr Rechte beanspruchen dürfe, als den Kriegführenden zurzeit durch das Völkerrecht zugestanden werde. Er könnte den Neutralen die freie Benutzung der Nordsee niemals zugehören lassen. Er hoffe, daß die Beschlüsse der Londoner Seerechtskonferenz niemals ratifiziert würden. Das bedeutet also nichts weiter als die Aufrechterhaltung des uneingeschränkten Seebüterrechts, mit dem England vermöge seiner überlegenen Flotte ganz nach seinem Willen den Handel aller Nationen lahmlegen kann und bildet eine weitere Illustration zu der mit der Anlage von Seada Flotsen beschäftigten „Verriegelung“ der Nordsee.

Hilft klingt das wie eine Antwort auf die von heutiger Seite ausgesprochenen Vorlesungen, wie man durch Hilfsbeschränkungen und weitere Abmachungen sich das Vertrauen Englands am leichtesten erwerben könne. Und sie ist so angefallen, wie sie ausfallen mußte, weil das Denken jedes Engländers sich um den oberen Keilhaft drehen, daß Englands Macht und Hebelwirkung um jeden Preis aufrechterhalten werden müsse, und daß niemandem das Recht zustehe, sich gegen die Gedrückten durch englische Hebermacht zu schütten. Sollen sich denn diese kleine, aber lehrreiche Vorgang dazu, in den Geist dieses eifrigen Friedensschwärmer reichlich Wasser zu gießen.

Fallières' Antunsmidigkeit?

Aus Paris wird der „Auf.“ geschrieben: Vor einigen Tagen wurde in den Zeitungen die Meldung gebracht, daß der Präsident Fallières die Würde seines Amtes nicht mehr sehr lange tragen werde, da er sich nach der Ruhe des Privatlebens sehne. Es wurde darauf hingewiesen, daß besonders Frau Fallières mit der großen Repräsentation nicht einverstanden sei, so daß sie durch die Würde ihres Gemahls gequält sei. Im Hinblick auf die gegenüber diesen Gerüchten besorgnisvolle Stillschaltung bedauert, was man allerdings auch als eine Antwort ansehen kann. Dieses Stillschweigen des Ehepaars, das von vielen Seiten zum mindesten nicht als Dementi angesehen wird, wird nach in seiner Bedeutung klarer durch mehrere Vorwissen, die in den politischen Kreisen bedeutendes Aufsehen erregen. Diese Gerüchte sind: Das Gerücht von dem Roubets, Emilie Roubet, der ehemalige Präsident Frankreichs und Amtsvorgänger Fallières' beginnt sich wieder zu rühren und in einer Weise in den Vordergrund zu treten, die an einen baldigen Wechsel der Präsidentschaft der französischen Republik glauben läßt. So lange Clemenceau Ministerpräsident war, hatte Emilie Roubet wenig oder gar nichts zu hoffen. Clemenceau der unter der Präsidentschaft Roubets bei jeder Aktion übergegangen war, trug darum dem früheren Präsidenten besitzigen Groß nach. Die Gelegenheit sich zu rühren kam auch, als Clemenceau auf dem Gipfelpunkt seiner Macht stand und Roubet ein einfacher und einflussloser Privatmann war.

Damals hatte Roubet auf eines Tages die Absicht, sich wieder dem politischen Leben zuzuwenden und wollte dazu eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten haben. Clemenceau verwies aber den Mann, um dessen Gunst er sich vor wenigen Jahren noch vergebens bemüht hatte, mit kalten Worten an den Vorhänger seiner Kandidatur. Er ließ sich von ihm nicht einmal persönlich sprechen. Zunächst ist durch den Sturz Clemenceaus die Lage für Roubet um vieles günstiger geworden, und es besteht in den maßgebenden Kreisen durchaus kein Zweifel darüber, daß Roubet nach der Abdankung Fallières' — gleichgültig ob sie vorzeitig oder nach dem gesetzlichen Termine erfolgt — nach dem Präzedenzfalle von Frankreich zielt. Zunächst vertritt er es mitterlich, sich ihm reden zu machen und besonders die Regierung Clemenceaus in Mitleidenschaft zu bringen. Auf der Veranklung der französischen Mittelparagraphen ist er mit unangenehm der Gesichtslosigkeit, die der „Stimmung der nationalen Kräfte der Republik“ aufzudeckert; ein Kandidat, der in Frankreich noch niemals ohne tiefere Nachfolge gewählt ist. Er nennt das bisherige Verfahren eine Fortsetzung der verfallenen Kräfte des Landes, der man nicht weiter ruhig zusehen dürfe. Er hat insoweit erreicht, daß von ihm wieder im ganzen Lande gesprochen wird, und daß man auf ihn aufs neue aufmerksam wurde. Dem Roubet vermag gar schnell! Wenn nun jetzt wieder über kurz oder lang — vielleicht sogar schon in sehr kurzer Zeit — die Frage der Wahl eines neuen Präsidenten der französischen Republik aktuell werden wird, dann wird unter den ersten Bewerbern um diesen Posten der alte Roubet zu finden sein. Es ist nicht zu leugnen, daß er zugleich auch einer der aussichtsreichsten Konkurrenten ist, da ihm der Ruf der schlichten Bürgerlichkeit vorangeht. Zugleich hat er auch die große Erfahrung für sich, so daß er auch daraufhin schon allein eine große Anhängerschaft für sich gewinnen wird.

Vorschau auf den Reichstag.

Man hat die Erwartung ausgesprochen, daß Herr von Bethmann Hollweg sich den Reichstags tag bald nach Beginn der bevorstehenden Session in seiner neuen Eigenschaft als Reichskanzler sozusagen förmlich vorstellen und in ausführlicher Rede das Programm, nach welchem er sein Amt zu führen gedenke, entwickeln werde. In wohlunterrichteter Kreisen weiß man von derartigen Absichten des Reichskanzlers nichts. Es würde dem bisherigen Gesandtschaftsleiter nicht entsprechen, wenn der höchste verantwortliche Beamte des Reiches sich dem Parlament gegenüber von vornherein in Bezug auf die schwebenden Fragen von Wichtigkeit festlegen wollte. Das bedeutet es doch wohl eine Verdrehung der Tatsachen, so ziemlich in der Gegenwart, Herr von Bethmann Hollweg, wie es in allerletzter Zeit hier und dort geheißen ist, als ein „unbestimmtes weißes Blatt“ zu bezeichnen. Herr von Bethmann Hollweg gehört nun allgemein seit mehr als vier Jahren dem preussischen Staatsministerium und dem deutschen Bundesrat an, und es hat in diesen Jahren wahrlich nicht an Gelegenheiten gefehlt, seine Anschauungen, wenigstens auf dem Gebiete der inneren Politik, zu entwickeln. Sollte sich die Beschäftigung bewahren, daß die auseinandergehenden früheren Wochenschriften die Staatsdebatte zum Anlasse nehmen wollen, noch einmal auf die Zeit des Hofes zurückzuführen, so behaft es kaum einer besonderen Beweisaufgabe, um schon jetzt zu wissen, daß der Kanzler alle innerschweren Parteien zur Einsicht und zur Milderung, nicht zur Verhärtung der Gegensätze ermahnen wird — schon damit der Reichstag nicht wieder ein Schauspiel bieten möge, an welchem nur die Sozialdemokratie und das uns feindliche Ausland ihre Freude haben können.

Daß Herr von Bethmann Hollweg im übrigen auch einzelne an den Reichskanzler gerichtete und sein eigenes Ressort berührende Anfragen aus dem Parlamentare bereitwillig beantwortet wird, braucht denen nicht gesagt zu werden, die seine gewissenhafte Haltung vor parlamentarischen Bränden und die entgegenkommende Art seines Wesens kennen.

Die Dauer der Reichstagsessionen.

Am 30. November beginnt der deutsche Reichstag die zweite Session der 30. Session Legislaturperiode, die am 19. Februar nach der Wahlperiode ihren Anfang genommen hat. Die erste Session dieses Reichstages war die längste Sitzungsperiode überhaupt seit dem Bestehen des deutschen Reichstages. Als der erste Sitzungsabschnitt am 13. Juli dieses Jahres geschlossen wurde, hatte unsere

Vollversammlung nicht weniger als 282 Sitzungen hinter sich. So lange hat noch keine Session gedauert. Die Sessionen sind im allgemeinen von ganz verschiedener Länge. Für ihre Dauer ist keine bestimmte Frist vorgeschrieben. Nur allerlei praktische Gründe sind für ihre Ausdehnung maßgebend. In den verschiedenen Legislaturperioden des Reichstages vom 21. März 1871 bis haben alle Sessionen eine viel längere Dauer gehabt als die letzte. Früher fielen daher auch ungewöhnlich viel Geschäftswürde unter den Tisch. Auch beim Reichstagsaufbau im Juli war das nicht zu vermeiden gewesen. Verschiedene Reaktionen zur Geneberordnung, die neue Fernsprecheinrichtung, mehrere Reichstagsstellen und kleinere gegebene Vorlesungen haben unermäßig. In früheren Jahren war aber der unerhebliche Stoff noch umfangreicher. Als z. B. die erste Session des vorigen Reichstages am 16. Juni 1904 geschlossen wurde, blieben vier Regierungsentwürfe, 31 aus dem Hause eingebrachte Gesetze und 5 von 68 Anträgen unerledigt. Der frühe Schluß der Sessionen ist aber nicht etwa künstlich herbeigeführt worden. Denn bei 38 Sessionen verlief der Reichstag nur fünfmal der Auflösung. Dazu kommt noch, daß die Auflösung vom Jahre 1873 nur vorgenommen wurde, um die Wahlen frühzeitiger aussetzen zu können. Die anderen vier Auflösungen erfolgten 1878 nach Ablehnung des Sozialistengesetzes, 1887 und 1893 nach Ablehnung der Militärverordnungen und 1906 nach Ablehnung der Kolonialvorlage. Die Sitzungszahl an Sessionen erreichte der Reichstag von 1871 für 1890 und der von 1893 bis 1898 mit fünf Sessionen. Die neue Session beginnt sehr spät. In den zehn, zwölf Sitzungstagen vor den Weihnachtstagen kann nicht allesamt geschafft werden. Geringere weitere Arbeit für den Reichstag ist aber vorhanden, so daß er mindestens bis zum Mai oder Juni nicht toten müßigen.

Rechtsverbrechen.

Der bayerische Justizminister von Mitsner hat gegenüber dem Abg. Cingir die Verurteilung, die ein Gericht für die Reichstagsverbrechen würde für beide Teile eine Erniedrigung in sich tragen. Die Reichstagsverbrechen sind überall dem Rechtsempfinden folgen; sie haben vielmehr an ihre eigene Ehre und Würde zu denken und dürfe sich nicht soweit hinunter begeben, daß sie zum Stolz greife.

Diese — milde Ansprache — übermilde Auffassung des bayerischen Ministers steht in ganz ostentativem Widerspruch mit dem Volksempfinden, selbst aber noch in juristischen Kreisen gebauerischerweise vielfach geteilt zu werden; denn leider enthält der Borentwurf zum neuen Strafgesetzbuch keine Bestimmungen über Einführung körperlicher Züchtigung gemeiner Rechtsverbrecher, sondern will nur die Zusatzaufträge nötigensfalls durch harte Körperstrafe und durch Arbeitsleistung verstärken. Die Unzulänglichkeit dieser Strafvorhaben ist von den Praktikern so oft mit Beispielen belegt worden, daß dies doch nachdrücklicher auf den wertvollsten Theoretiker seinen Eindruck nicht verfehlen sollte!

Wie über es angebracht ist, aus dem Bewußtsein eigener Menschenwürde heraus Verbrecher zu beurteilen, die ihrerseits diese Würde längst verloren haben, beweisen namentlich die sich geradezu häufenden Mißhandlungen wehrloser Kinder. Daß diese sich keineswegs auf die juristisch-geliebtesten Volksschichten beschränken, beweisen die wohl noch aller Welt in frischer Erinnerung stehenden Fälle des Reichers Tippold in Bayreuth, des Gefängnisassistenten in Altona und der Braunkampfer Modifiz. Am Sonntag ist vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III in Berlin ein neuer derartiger Kindesmißhandlungsvorfall gegen die Gattin des Dr. Bergmann um Abschluß gelangt. Die Angeklagte wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, worauf ihr von der Untergerichtsinstanz drei Wochen als verzichtbar zugesprochen wurden. Um die dem Kindesempfinden unverständliche Würde dieses Urteils zu würdigen, erachtet es doch notwendig, die Tatsachen ins Auge zu fassen, die in dem Urteil der Strafkammer als unabweisbar geltend befunden worden sind.

Danach hat die Angeklagte ihre kleine Stiefkinder zur Winterzeit längere Zeit Tage und Wochen hindurch mit einem dünnen Röschchen, Hemden und Schuhen bekleidet herumlaufen lassen, sobald im Hause als auch bei kurzen Gängen auf der Straße. Ferner hat die Angeklagte ohne Weiteres ihres Mannes, der Arzt ist, dem kleine Stiefkinder appliziert, wobei sie alle Richtschnur in Tätigkeit setzte und auf das Kind, als dieses die gramme Tortur nicht ertragen wollte, mit einem Stroh dicker Lössel schlugen, daß Striemen und Flecken von einwandstreiten Zeugen mehrmals vorgefunden wurden.

Der Gerichtshof erkennt in seinen Entscheidungsgründen selbst an, daß die Angeklagte bei der Mißhandlung des Kindes ein hohes Maß von Rohheit und Bosheit begangen habe. Es hat ihr deshalb mildernde Umstände nicht angebilligt. Aber gleichwohl hat es mit Rücksicht auf

kommen ist und bog man bis heute keine Gelatine nicht zu fassen können. — Ueber die Werke Wagners bemerkt der Berichtgeber, daß dem Künstler wohl die Melodien ausfallen, daß ihm aber das Zerarbeiten darüber schwerer gefallen ist als Schreiben. Der Schwerepunkt von Wagners Tätigkeit liegt an dem Gebiete der Oper. Die Wagnerschen Werke sind aber in drei Gruppen ein, in die erste und die zweite und die dritte Gruppe. Wagners Werke, in die erste und die zweite Gruppe, sind die Opern, die er geschrieben hat, und die dritte Gruppe sind die Werke, die er nicht geschrieben hat.

— **Beispiel des „Großen Oberbairischen Bauerntheaters“ im „Kaiserlichen Theater“.** — Die Wagnerschen Werke sind in drei Gruppen ein, in die erste und die zweite und die dritte Gruppe. Wagners Werke, in die erste und die zweite Gruppe, sind die Opern, die er geschrieben hat, und die dritte Gruppe sind die Werke, die er nicht geschrieben hat.

— **Beispiel des „Großen Oberbairischen Bauerntheaters“ im „Kaiserlichen Theater“.** — Die Wagnerschen Werke sind in drei Gruppen ein, in die erste und die zweite und die dritte Gruppe. Wagners Werke, in die erste und die zweite Gruppe, sind die Opern, die er geschrieben hat, und die dritte Gruppe sind die Werke, die er nicht geschrieben hat.

— **Beispiel des „Großen Oberbairischen Bauerntheaters“ im „Kaiserlichen Theater“.** — Die Wagnerschen Werke sind in drei Gruppen ein, in die erste und die zweite und die dritte Gruppe. Wagners Werke, in die erste und die zweite Gruppe, sind die Opern, die er geschrieben hat, und die dritte Gruppe sind die Werke, die er nicht geschrieben hat.

— **Beispiel des „Großen Oberbairischen Bauerntheaters“ im „Kaiserlichen Theater“.** — Die Wagnerschen Werke sind in drei Gruppen ein, in die erste und die zweite und die dritte Gruppe. Wagners Werke, in die erste und die zweite Gruppe, sind die Opern, die er geschrieben hat, und die dritte Gruppe sind die Werke, die er nicht geschrieben hat.

— **Beispiel des „Großen Oberbairischen Bauerntheaters“ im „Kaiserlichen Theater“.** — Die Wagnerschen Werke sind in drei Gruppen ein, in die erste und die zweite und die dritte Gruppe. Wagners Werke, in die erste und die zweite Gruppe, sind die Opern, die er geschrieben hat, und die dritte Gruppe sind die Werke, die er nicht geschrieben hat.

— **Beispiel des „Großen Oberbairischen Bauerntheaters“ im „Kaiserlichen Theater“.** — Die Wagnerschen Werke sind in drei Gruppen ein, in die erste und die zweite und die dritte Gruppe. Wagners Werke, in die erste und die zweite Gruppe, sind die Opern, die er geschrieben hat, und die dritte Gruppe sind die Werke, die er nicht geschrieben hat.

— **Beispiel des „Großen Oberbairischen Bauerntheaters“ im „Kaiserlichen Theater“.** — Die Wagnerschen Werke sind in drei Gruppen ein, in die erste und die zweite und die dritte Gruppe. Wagners Werke, in die erste und die zweite Gruppe, sind die Opern, die er geschrieben hat, und die dritte Gruppe sind die Werke, die er nicht geschrieben hat.

Wichtig an der Preisbildung in die Saale gekommen, von ihrem Wachstum nicht zu sprechen. Die Saale hat ihre Wichtigkeit dem Wagnerschen Werke zu verdanken. Die Saale hat ihre Wichtigkeit dem Wagnerschen Werke zu verdanken. Die Saale hat ihre Wichtigkeit dem Wagnerschen Werke zu verdanken.

Börsen- und Handelsteil.

Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909.

Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909.

Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909.

Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909.

Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909.

Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909. Der Arbeitsmarkt im Monat Oktober 1909.

leiten jetzt fast vollständig realisiert und dadurch bauseitig geworden. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber.

leiten jetzt fast vollständig realisiert und dadurch bauseitig geworden. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber.

leiten jetzt fast vollständig realisiert und dadurch bauseitig geworden. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber.

leiten jetzt fast vollständig realisiert und dadurch bauseitig geworden. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber.

leiten jetzt fast vollständig realisiert und dadurch bauseitig geworden. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber.

leiten jetzt fast vollständig realisiert und dadurch bauseitig geworden. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber.

leiten jetzt fast vollständig realisiert und dadurch bauseitig geworden. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber. Die Verwaltung dieser Werke ist unmöglich gegenüber.

10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100

Sambur, 24. Novbr. (Eigener Drahtbericht der Saffien'schen Zeitung.) ...

Weizen per Dez. 220 00 M, Mai 218 00 M, Juli ...

Preussische Klassenlotter. Berlin, 24. Nov. (Bermittlungsamt.) Es fielen ...

Goldpreis am 24. November 1909. - Gold: Hamburg 8,70 M, Magdeburg 8,90 M ...

Briefe von Berlin vom 24. Novbr. (Eigener Drahtbericht.) Die von den ausländischen Börsen ...

Explosion eines Automobilmotors. Berlin, 24. November. In Wienfeld explodierte heute ...

Tagess-Marktwirtschaft. - New-York, 22. Novbr. 6 Uhr abends. Warenbericht ...

Schle Draht- und Fernsprech-Nachrichten. Berlin, 24. Novbr. In der heutigen Kurstischen ...

Freder Raub. Berlin, 24. November. In einem Hause der Steinmetzstraße ...

Getreide- und Mehlmarkt. - Weizen, letzter Winterweizen loco 122 1/2 M ...

Verkauf von Eisenbahnaktien. - Eisenbahn-aktien. - Eisenbahn-Obligations.

Grubenfall. Offen, 24. November. Auf der Gewerkschaft „Deutscher ...

Getreide- und Mehlmarkt. - Weizen, letzter Winterweizen loco 122 1/2 M ...

Verkauf von Eisenbahnaktien. - Eisenbahn-aktien. - Eisenbahn-Obligations.

Grubenfall. Offen, 24. November. Auf der Gewerkschaft „Deutscher ...

Kursnotierungen der Berliner Börse vom 24. November, 2 Uhr nachmittags.

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 24. November, 1 Uhr.

Der Kampf um das österreichische Budgetprovisorium. Wien, 24. November. Die „Deutsche-Nationale Revue“ ...

Der ausführliche Kurszettel erscheint in der Früh-Ausgabe. Wechsel-Kurse. Privatbank 4 1/2 %.

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 24. November, 1 Uhr. Mitteltitel von Bankhaus Paul Schaussoil & Co., Halle a. S.

Veröffentlichung des offiziellen Wetterdienstes vom 23. November, früh 7 Uhr.

Geldsorten. - 100 Reichsmark 110,40

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 24. November, 1 Uhr. Aktien.

Veröffentlichung des offiziellen Wetterdienstes vom 23. November, früh 7 Uhr.

Deutsche Anleihen. - 4% Reichsanleihe 110,40

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 24. November, 1 Uhr. Aktien.

Veröffentlichung des offiziellen Wetterdienstes vom 23. November, früh 7 Uhr.

Pfandbriefe. - 4% Landrathshaus Pfandbriefe 110,40

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 24. November, 1 Uhr. Aktien.

Veröffentlichung des offiziellen Wetterdienstes vom 23. November, früh 7 Uhr.

Anleihe Staatspapiere. - 4% Reichsanleihe 110,40

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 24. November, 1 Uhr. Aktien.

Veröffentlichung des offiziellen Wetterdienstes vom 23. November, früh 7 Uhr.

Industrie-Papiere. - Aktien.

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 24. November, 1 Uhr. Aktien.

Veröffentlichung des offiziellen Wetterdienstes vom 23. November, früh 7 Uhr.

Bankhaus Paul Schaussoil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Orlitzsch, Eilenburg.

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 24. November, 1 Uhr. Aktien.

Veröffentlichung des offiziellen Wetterdienstes vom 23. November, früh 7 Uhr.

Bankhaus Paul Schaussoil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Orlitzsch, Eilenburg. An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Geldanlagen, Conto-Corrent-u. Wechsel-Vorkehr etc.

Provinz Sachsen und Umgebung.

2. Witten (Saalkreis), 23. November. (Beschlagnahme für reze A. B. L. Eine besondere Besondere die Verwertung der Polizei...

3. Witten (Saalkreis), 23. November. (Schweizer Unfall.) Ein schwerer Unfall ereignete sich am Sonntag im nahe Canano...

4. Salsburg (Saalkreis), 23. November. (Schweizer Beschlagnahme.) Der jüngste Gefährlicher des Herrn Oubstweiser...

5. Witten (Saalkreis), 23. November. (Kirschenroter.) In der Stadt wohnenden hiesigen Kirsche findet kommenden Sonntag...

6. Salsburg (Saalkreis), 23. November. (Auf der Fährer-Verfahren.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

7. Aus dem Eiferlande, 23. November. (Zu den Sturm-Übungen.) Die Schützenvereine in der letzten Zeit haben erheblichen Schaden...

8. Salsburg, 23. November. (Der mifhandelte Arbeiter.) Der 27jährige Arbeiter Friedrich Wabe von hier hatte sich im August dieses Jahres mit drei Kindern im Wabe...

9. Salsburg, 23. November. (Arbeitsordnung und Gewerbesteuer.) Auf der Geschäfts-Abteilung ist überdies fall nach Angabe einer dort als Geschäftsleiter angestellten Gewerbesteuers...

10. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Am 22. November fand im Saalkreis, am 23. November 1900, nachmittags 3 Uhr im Saal des Saalkreis hier mit folgender Tagesordnung...

11. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Die Lehrer der Ephorie Witten vereinigen sich heute hierher, um ihrem früheren Vorgesetzten, Herrn Kreisinspektor Superintendenten Prof. Dr. Schmidt...

12. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Ein eigenes Schiff hat vor dem 1901-1902 hier erbauten Boot 'Meidsopf', in dem sich das Postamt befindet...

13. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

14. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

15. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

16. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

17. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

18. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

19. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

20. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

21. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

22. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

23. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

24. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

25. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

26. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

27. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

28. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

29. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

30. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

31. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

32. Witten, 23. November. (Wissenschaftliche Konferenz.) Der Herr Altherrmann erlitt der Vergangenen Nacht...

Otto Kummer, 1746. Spezialgeschäft seiner Genfer und Glasfächer Taschenuhren. Poststrasse 10. Moderne Zimmeruhren.

Zu den Verdiensten, die man unseren berühmten Medizinern nicht verzeihen sollte, gehört auch ihr nachdrückliches Eintreten für den Malgasser, der zuerst von der Firma Kathreiners Malgasser-Fabrik hergestellt worden ist...

Ein merkwürdige Erscheinung kann man seit einigen Jahren auf dem Markt für Spielzeuge beobachten. Bisher noch nicht allzulange Zeit hat sich der Handel mit diesen Gegenständen...

Lesen und dann weitergeben.

Liberales Wähler-Zeitung

für den Reichstags-Wahlkreis Halle-Saalkreis.

Herausgegeben von dem Verein der Liberalen in Halle und dem Saalkreis.

Der Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien ist der Stadtverordnete

Georg Reimann in Berlin.

Achtung Wähler! Die Wahlfreiheit ist durch Einführung der Wahlkuverts gesichert. Der Wahlakt dauert — darauf machen wir ausdrücklich aufmerksam — am 26. November von vormittags 10 bis abends 7 Uhr.

Auf die Schanzen! Ein Mahnwort in ernster Stunde!

Zum letzten Male wenden wir uns an die national gesinnten Wähler des Wahlkreises Halle-Saalkreis. Der Kampf ist zu Ende. Nur noch eine kurze Spanne trennt uns von der Entscheidung. Da wenden wir uns in diesem Augenblicke nochmals an alle patriotischen Männer, welche wie bisher, so auch jetzt und für die Folge ernstlich und redlich gewillt sind, unsere schöne Heimat vor der Schmach zu bewahren, im Deutschen Reichstage durch einen Anhänger der vaterlandlosen, internationalen Sozialdemokratie vertreten zu werden.

Die Sozialdemokratie darf nimmermehr siegen!
Darum, ihr Bürger in Stadt und Land, heraus! Auf die Schanzen!

Wohi noch niemals zuvor hat die Sozialdemokratie so gehässig gearbeitet und mit derartig verwerflichen Mitteln für sich die Wähler zu gewinnen versucht, als diesmal bei uns. Durch ihre Kampfweise hat die Halleische Sozialdemokratie ein für alle mal das Recht verwirkt, zu den anständigen politischen Gegnern gezählt zu werden. Die Sozialdemokratie hat sowohl in ihren Flugblättern, als auch in ihrer Presse, dem Halleischen Volksblatt, klar erkennen lassen, wohin sie strebt und welches ihre wahren Ziele sind. Jeder ernste Patriot, jeder noch echt deutsch empfindende, national gesinnte Wähler in Stadt und Land gebe der Sozialdemokratie, der Partei der Verhöhnung, der Todfeindschaft der bürgerlichen Gesellschaft und jedweder Kultur, am 26. November die einzig richtige und angemessene Antwort, indem er seinen Stimmzettel abgibt für den Kandidaten der bürgerlichen Parteien

Herrn

Stadtverordneten **Georg Reimann-Berlin.**

Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht!

Darum ihr bürgerlichen Wähler, wenn euch das Wohlergehen des Vaterlandes, das Gedeihen des Allgemeinwohls wirklich am

Sorgen liegt, laßt alle kleinlichen Bedenken schwinden und helfst mit, damit der sozialdemokratischen Partei der Erfolg verwehrt bleibe.

Auf jede Stimme kommt es an!

Wahlenthaltung bedeutet Unterstützung der Sozialdemokratie.

Wer nicht wählt, entrechtet sich selbst und entäußert sich der Bürgerehre, die ihm das Gesetz zuerkennt.

Wer nicht wählt, sondern die Mühen und Sorgen um unser liebes Vaterland und alles, was uns heilig und wert ist, anderen überläßt, entwürdigt sich und macht sich verächtlich vor seinen Mitbürgern.

Darum nochmals, heraus ihr Bürger in Stadt und Land!

Auf die Schanzen für Ordnung, Sitte, Vaterland und Monarchie!

Wählt Georg Reimann-Berlin.

Der Vorstand des Vereins der Liberalen in Halle und dem Saalkreise.

Stadttrat Gustav Richter, Rechtsanwalt Wolfgang Herzfeld, Stadtverordneter Franz Doehler.

Der Vorstand des konservativen Vereins für Halle und den Saalkreis.

Professor Suchsland, Kaufmann Paul Mertens.

Der Vorstand des nationalliberalen Vereins für Halle und dem Saalkreis.

Justizrat Dr. F. Keil, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Dr. C. Löning, Mitglied des Herrenhauses, Geh. Kommerzienrat Emil Stecker.

Der Vorstand des Bundes der Landwirte.
Hans-Beesen, Kreisvorsitzender.

Beamte und Sozialdemokratie.

Bei allen Nachwahlen zum Reichstag bzw. zu den Landtagen und bei den Stadtverordnetenwahlen sucht die Sozialdemokratie sich bei den Beamten anzubiedern. Bis jetzt hat sie damit aber meistens negativen Erfolg gehabt, was sie aber nicht abhät, die Versuche immer wieder zu erneuern. Das geschieht auch im Reichstagswahlkampf in Halle-Saalkreis.

Nun ist zwar keineswegs anzunehmen, daß die aufgeklärte Beamtenchaft den Sirenenklängen der Sozialdemokratie folgen wird, aber immerhin verlohnt es sich, die Worte und Taten der Sozialdemokraten gegenüberzustellen, um auch denen, die in der Politik nicht so bewandert sind, die nötige Aufklärung zuteil werden zu lassen.

Der Beamte gilt bei allen bürgerlichen Parteien von vornherein als reichs- und königstreu. Wie sollte es auch anders sein; der Beamte hat einen Treueid geleistet und ist damit ein entscheidener Gegner der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie weiß dies sehr gut, sie sucht sich aber darüber hinwegzusetzen, indem sie hauptsächlich dem kleinen Beamten vorkäufelt, sie allein vertritt seine Interessen.

Wie die hiesige Sozialdemokratie die Interessen der Beamten vertritt und sich über die Beamten lustig macht, davon sind in den letzten Monaten einige Proben geliefert worden. Als die Beratung der Petition der Reichs- und Staatsbeamten wegen Einreihung der Stadt Halle in die Klasse B des Wohnungsgeldtarifes im Stadtverordnetenkollegium in Halle zur Beratung stand, gab der Führer der Sozialdemokratie den Beamten einen Fußtritt. Er meinte, wenn die Beamten nicht auskommen könnten, sollten sie nur den Schmachtriemen etwas enger ziehen. Als ihm da der Zwischenruf „Unterbeamte“ gemacht wurde, schwieg er sich aus.

Wie die Herren Sozialdemokraten aber im allgemeinen über die städtischen Beamten denken, ist zur Genüge bekannt. Darüber brauchen keine Worte verloren zu werden.

Das hiesige „Volksblatt“ liebt ja bekanntlich den Mehring'schen Ton. Als durch die Halle'sche Presse die Mitteilung ging, die deutschen Postbeamten hätten zum Streik der französischen Postbeamten 25 000 Mark beigeleuert, schickte der Vorsitzende der Halle'schen Ortsgruppe eine Berichtigung an die Zeitungen, die durchaus sachlich gehalten war und sich nur auf die Tatsachen beschränkte. Darauf verprügte das „Volksblatt“ in folgendem Elaborat ihr Gift:

Audmänner!

Vor einigen Tagen schon haben wir uns veranlaßt, den Mannesmut der im Verband mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten „organisierten“ Postbeamten einer Betrachtung zu unterziehen. In einer der letzten Nummern der „Saale-Zeitung“ nahmen die Herren eine neue Entblößung ihrer geistigen Potenz vor, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. In einer Erklärung heißt es da:

„In der Abendausgabe der „Saale-Zeitung“ vom Mittwoch ist unter Telegrammen u. a. die Nachricht französischer Blätter wiedergegeben, daß den streikenden Post- und Telegraphenbeamten in Paris von den deutschen Postbeamtenorganisationen 10 000 Mark Unterstützungsgelder überandt seien. Diese Nachricht entspricht keineswegs den Tatsachen. Die Beamtenorganisation, welche nach Lage ihres Vermögensstandes sowie ihrer Bedeutung allein in Frage käme — der Verband mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten — hat weder den streikenden französischen Beamten

eine Unterstützung zuteil werden lassen, noch liegt es in seiner Absicht dies zu tun. Der unterzeichnete Verein legt Wert darauf, der Öffentlichkeit gegenüber zu erklären, daß die deutschen Post- und Telegraphenbeamten keinerlei Beziehungen mit den französischen Beamten haben. Verband mittlerer Reichs-Post- und Telegraphenbeamten,

Ortsverein Halle a. S. Der Vorstand.

Man weiß angesichts dieser Erklärung wirklich nicht, was man mehr bewundern soll: Die — Kühnheit, mit der sich der genannte Verein als die allein „in Frage kommende Organisation“ bezeichnet, oder die geradezu ungläubige Ungläubigkeit, welche erklären läßt, daß die deutschen Post- und Telegraphenbeamten keinerlei Beziehungen mit den französischen Beamten haben. Nach dieser Erklärung, mit der hoffentlich der Ortsverein Halle allein steht, werden die Beamten selbst darauf verzichtet, im öffentlichen Leben ernst genommen zu werden. Bei kämpfenden Brüdern ihre moralische Unterstützung verweigern, würde man das als eine Schmach und Schande bezeichnen, und mit Recht, denn eine verurteilungswürdigere Handlungsweise als diese läßt sich kaum denken. Die Post- und Telegraphenbeamten haben hiermit bewiesen, wie tief ein Stand durch das Militäranwärterwesen sinken kann. Wie werden sich die Haare auf ihren runden, wohlgenährten Köpfen sträuben, wenn sie lesen, daß in Paris es just die Beamten sind, welche im Kampf um ihr Recht bis zum äußersten ausharren wollen, während die Unterbeamten zur Nachgiebigkeit bereit sind. In Preußen kann so etwas den Beamten gar nicht passieren — so viel Mut und Selbstvertrauen findet man dort höchstens bei Proletariern. —

Diese Proben könnten noch vermehrt werden, sie dürften aber genügen, um den Beamten klarzumachen, daß sie von der Sozialdemokratie nichts Gutes zu erwarten haben. Würde die Sozialdemokratie am Ruder sein, dann würde sie die Beamtenchaft ebenso terrorisieren, wie sie z. B. jetzt ihre Angehörigen behandelt. Und danach gelüftet es den Beamten denn doch nicht.

Gewiß gibt es unter den kleinen und mittleren Beamten viele Unzufriedene. Für manche dieser Klassen hat die Befoldungsaufbesserung blutwenig gebracht. Aber trotzdem wird die Unzufriedenheit sie nicht soweit treiben, der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Denn das wäre charakterlos, es wäre aber auch Selbstmord.

Die freisinnigen Parteien haben von jeher die berechtigten Forderungen der Beamten vertreten, sie haben noch bei der letzten Besoldungsregelung für die minder bezahlten Beamten gewirkt und sind auch dann noch für ihre weitere als die Regierungsverordnung gehenden Anträge eingetreten, als alle anderen bürgerlichen Parteien vor dem Widerstande der Regierung die Segel stichen.

Die Freisinnigen sind der Meinung, daß die Beamtengehälter mit den Lebensmittelpreisen usw. in Einklang zu bringen sind. Sie treten ferner ein für ein freies Koalitionsrecht auch der Beamten und haben jederzeit gezeigt, daß sie die Rechte der Beamten zu verteidigen wissen.

Deshalb kann es doch einem Beamten nicht schwer fallen, dem bürgerlichen Kandidaten, der den entscheidenden Liberalismus vertritt, seine Stimme zu geben. Der Beamte muß es als seine Ehrenpflicht betrachten, Herrn Georg Reimann zum Siege zu verhelfen.

Die w
und sicher
Boden der
beiden Teil
freisinnige
Förderung
richtungen.
gehören un
die Beding
beiten bei
wirtschaftl
friedlicher
beugen. S
liche Beruf
essenvertra
ist stets be
Berufsvere
tritt den
Koalitions
hält fest an
das Recht
no er gla
Arbeit sind
weiterhin
die öffentl
werden. S
des Arbeit
Wirkung
Nachteile g
sam abgew

In de
daß die öf
dahin drü
kleinen Za
machen. I
jinkend
nahm d
Damit
stand n
aufgese
Kautsk
Bauern
Grund“.
standes i
indes: „I
von Men
durch den
Leuten, d
Zwische
finden, da
folgt, den
soziall
schwind
tretern d
„Damit
tionen tr
Parasiten
Kautsk
sozialen
tarische P
rajshes
möglich
hann d
Aus
demokrati

Freisinnige Volkspartei und Arbeiterfragen.

Die freisinnige Volkspartei erstrebt in bezug auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer: Förderung aller auf friedliche Verständigung zielenden Einrichtungen, gesetzliche Anerkennung der freien Berufsvereine zugleich als berechtigte Interessenvertretung, Sicherung und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit, Frei-

zügigkeit, Ausbau der Arbeiterchutzgesetzgebung, insbesondere zum Schutze der Arbeitskraft der Arbeiter, Gestaltung der öffentlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten, zeitgemäße Regelung der Rechtsverhältnisse der in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen, Vereinfachung und Verbesserung der Arbeiterversicherung,



Die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen ist zu bessern und sicher zu stellen durch geeignete Maßnahmen, die auf dem Boden der Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer beider Seiten nützlich sind, und den sozialen Frieden fördern. Die freisinnige Volkspartei stellt in ihrem Programm den Satz voran: Förderung aller auf friedliche Verständigung hinielenden Einrichtungen. Sie will, daß Arbeiter und Arbeitgeber, die zusammen gehören und Hand in Hand gehen müssen, sich verständigen über die Bedingungen, unter denen sich die wirtschaftliche Arbeit zum besten beider Teile gedeißlich entwickeln kann. Nicht immer sind wirtschaftliche Kämpfe zu vermeiden. Geeignete Einrichtungen zur friedlicher Verständigung sollen den wirtschaftlichen Kämpfen vorzuziehen. Die Vereinigungen der Arbeiter, soweit sie wirtschaftliche Berufsorganisationen darstellen, müssen als berechtigte Interessenvertretungen anerkannt werden. Die freisinnige Volkspartei ist stets bemüht gewesen, eine gesetzliche Anerkennung aller freien Berufsvereine zu sichern. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter muß gesichert und verallgemeinert werden. Die freisinnige Volkspartei tritt den reaktionären Bestrebungen auf Einschränkung des Koalitionsrechts entschieden entgegen. Die freisinnige Volkspartei hält fest an den Grundsätzen der Freizügigkeit und will Jedermann das Recht sichern, sich im Vaterlande dort sein Brot zu suchen, wo er glaubt am besten Unterkunft und Existenz bei rechtlicher Arbeit finden zu können. Die Arbeiterschutzgesetzgebung muß noch weiterhin verbessert und ausgebaut werden. Insbesondere sollen die öffentlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten ausgestaltet werden. Freilich ist nicht allen Vorschlägen, die unter der Flagge des Arbeiterschutzes stehen, ohne weiteres zuzustimmen. Die Wirkung solcher Maßnahmen muß genau geprüft und etwaige Nachteile gegenüber dem zu erwartenden Fortschritt müssen sorgsam abgewogen werden. Die freisinnige Volkspartei widerstrebt

der Regelung solcher Fragen auf dem Verordnungswege. Heute schon sind dem Bundesrat weitgehende Vollmachten übertragen worden, deren Ausführung keineswegs immer ein zufriedenstellendes Ergebnis zeitigt hat. Der Reichstag muß auch in diesen Fragen mitwirken. Wozu gibt es eine gesetzgebende Körperschaft, wenn für so wichtige Fragen, die so tief in die Erwerbstätigkeit und in die privaten Verhältnisse einschneiden, der Reichstag absankt und einfach dem Bundesrat Vollmachten übertragen soll! Die freisinnige Volkspartei ist für die Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten, und hat in solchen Erwerbszweigen eine Verkürzung von Reichswegen gebilligt, in welchen durch die Dauer der Zeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird. Die Rechtsverhältnisse der in Haus und Landwirtschaft beschäftigten Personen, die nicht der Gewerbeordnung oder dem Handelsgesetzbuch unterstellt sind, bedürfen der gesetzlichen Regelung. Die freisinnige Volkspartei hat im Reichstag in dieser Richtung wiederholt Initiativanträge gestellt. Eine Reform des Gesinderechts ist ein dringendes Bedürfnis. Die meisten geltenden Gesindeordnungen stammen aus alter Zeit. Wegen der besonderen Natur des Arbeitsverhältnisses der in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen ist dazu ein besonderes Gesetz erforderlich. Eine einfache Unterstellung dieser Personen unter die Gewerbeordnung oder hinsichtlich des Dienstvertrages unter das Bürgerliche Gesetzbuch ist undurchführbar und würde auch das Gesinde z. B. in bezug auf die Kündigungsfristen schädigen. Die freisinnige Volkspartei tritt für die Vereinfachung und Verbesserung der Arbeiterversicherung ein. Den Verbesserungen, die auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung gegen Unfall und Invalidität im Laufe der letzten Jahre geschaffen sind, hat die freisinnige Volkspartei zugestimmt; auch ist sie bemüht, weitere Reformen unter Vereinfachung und unzweckmäßiger Bestimmungen herbeizuführen.

Sozialdemokratie und Mittelstand.

In dem sozialdemokratischen Zukunftsprogramm heißt es, daß die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft dahin dränge, die Produktionsmittel zum Monopol einer kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern zu machen. Daraus folge für das Proletariat und die verfallenden Mittelschichten wachsende Zunahme des Elends und ihrer Ausbeutung usw. Damit soll gesagt sein, daß der heutige sog. Mittelstand nach und nach von den Großbetrieben aufgefangt werde. Aus diesem Satz folgt der von Kautsky getane Ausdruck: „Für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, haben wir keinen Grund“. Ebenso sagt Bebel über die Schichten des Mittelstandes in seinem Buch „Ueber unsere Ziele“ wörtlich Folgendes: „In der jetzigen Gesellschaft existiert eine große Klasse von Menschen — und zwar nicht die schlechtest gestellte — durch den Vertrieb der Produkte. Es ist dies eine Klasse von Leuten, die als Agenten, Makler, Krämer, kurz Zwischenhändler aller Art, ihre Existenz dadurch finden, daß ein Preisaufschlag auf den Preis der Ware erfolgt, den der Konsument selbstverständlich bezahlen muß. Im sozialistischen Staat würde diese Klasse verschwinden.“ In seinem Buche „Die Frau“ stellt er den Vertreter des Handelsstandes folgendes Schicksal in Aussicht: „Damit hört der gesamte Handel auf... Millionen treten ein als Produkte erzeugend, die bisher als Parasiten“ an dem Arbeitsprodukt anderer lebten.“ Kautsky schreibt in seinem Buche „Am Tage nach der sozialen Revolution“: „Wir haben gesehen, daß das proletarische Regime dem Kleinbetrieb... meist ein rasches Ende bereiten wird... es wird zur möglichsten Ausschaltung des kleinen Zwischenhandels führen.“

Aus all diesen Ausführungen geht hervor, daß die Sozialdemokratie der Meinung ist, daß der Mittelstand bald ver-

schwinden wird. Daher rührt auch das geringe Interesse, welches diese Partei für alle Fragen hat, welche auf die Hebung dieser Mittelschichten abzielen. Daher auch der Haß gegen alle die, welche auf der sozialen Stufenleiter aufwärts streben und steigen und darum vom Sozialismus nichts wissen wollen. Diese werden mit allerlei Schimpfnamen belegt, wie „Stechfragenproletariat“ für die Handlungsgehilfen. Daher auch die Angst, daß die Arbeiter in jene Mittelschichten eintreten können; sie müssen deshalb unzufrieden erhalten werden, wie es der Abg. Singer im November 1903 in Halle a. S. ausgeführt hat: „Es fällt mir gar nicht ein, dem Arbeiter eine besondere Wurst zu braten. Denn wenn er eine bessere Wohnung hat, so ist er zufrieden, und wenn er zufrieden ist, ist er für unsere Ziele nicht mehr zu haben.“

Daß diese Theorie von dem Versinken der Mittelschichten den Tatsachen durchaus nicht entspricht, kümmert die offizielle Sozialdemokratie gar nicht.

Der sozialdemokratische Schriftsteller Bernstein tritt in dem Kapitel „Die Einkommensbewegung in der modernen Gesellschaft“ (S. 46 ff.) der Marx'schen Theorie entgegen, daß die Zahl der Kapitalinhaber beständig zurückgeht. „Das ist keineswegs der Fall.“ (S. 47)... „Der vor etwa Jahresfrist gegründete englische Nähgarn-Trust zählt nicht weniger als 12300 Anteilsinhaber. Davon:

6000	Inhaber v. Stammaktien	mit 1200 Mk. Durchschnittskapital
4500	„ „	Prioritätsaktien „ 3000 „ „
1800	„ „	Obligationen „ 6300 „ „

Ein in neuerer Zeit als Beispiel der Kapitalkonzentration angeführtes Warenhaus, Spiers u. Bond in London, hat, bei einem Gesamtkapital von 26 Millionen Mark, 4650 Aktionäre, davon nur 550, deren Aktienbesitz 10 000 Mark übersteigt. Das sind einige Bei-

„Diese für die Zersplitterung der Vermögensteile an zentralisierten Unternehmungen“ (S. 48). „Es ist also durchaus falsch, anzunehmen, daß die gegenwärtige Entwicklung eine relative oder gar absolute Verminderung der Zahl der Besitzenden aufweist. Wären die Tätigkeit und die Ausfichten der Sozialdemokratie davon abhängig, daß die Zahl der Besitzenden zurückgeht, dann könnte sie sich in der Tat „schlafen legen“.

„Für eine ganze Reihe Gewerbe, namentlich solche, wo produktive und Dienste leistende Arbeit sich mischen, besteht die Tatsache, daß sich die Klein- und Mittelbetriebe halten.

„Kommen wir schließlich zur Landwirtschaft, so stoßen wir, hinsichtlich der Größenverhältnisse der Betriebe, zurzeit überall in Europa und auch teilweise schon in Amerika auf eine Bewegung, die anscheinend allem widerspricht, was die sozialistische Theorie bisher voraussetzte. Industrie und Handel zeigen nur eine langsamere Bewegung aufwärts zum Großbetrieb als angenommen; die Landwirtschaft aber zeigt entweder Stillstand oder direkt Rückgang des Größenumfangs der Betriebe.“ (S. 61.)

In England wurden gezählt:

Betriebe mit:	1885:	1895:	Zu- und Abnahme:
2-20 ha	232 955	235 481	+ 2526
„ „ 20-40 ha	64 715	66 625	+ 1910
„ „ 40-120 ha	79 573	81 245	+ 1672
„ „ 120-200 ha	13 875	13 568	- 307
„ über 200 ha	5 489	5 219	- 270

„Auch hier also eine Abnahme der großen und ganz großen und eine Zunahme der Klein- und mittelbäuerlichen Betriebe.“ (S. 64.) Was nun das dort bewirtschaftete Areal anbelangt, so sind in Großbritannien „gerade 27 bis 28 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche eigentlicher Großbetrieb und nur 2,46 Prozent fallen auf Kleinbetriebe. Dagegen kommen über 66 Prozent auf mittel- und großbäuerliche Wirtschaften.“ (S. 64, B. führt dort auch die genaueren Zahlen im einzelnen an. Red.) „Nach alledem kann es keinem Zweifel unterstehen, daß im ganzen westlichen Europa überall der kleine und mittlere Betrieb in der Landwirtschaft wächst und der große oder Riesentrieb zurückgeht. Wenn der Zusammenbruch der modernen Gesellschaft vom Schwinden der Mitglieder zwischen der Spitze und dem Boden der sozialen Pyramide abhängt, wenn er bedingt ist durch die Aufsaugung dieser Mittelglieder von den Extremen über und unter ihnen, dann ist er in England, Deutschland, Frankreich heute seiner Verwirklichung nicht näher wie zu irgend einer Epoche im neunzehnten Jahrhundert.“ (S. 95.)

Trotz dieser wissenschaftlichen Untersuchungen Bernstein wird die Sozialdemokratie nach wie vor die Lehre von dem Versinken der Mittelschichten und der Zunahme ihres Elendes weiter propagieren. Sie gehört nun einmal zu ihrem dogmatischen Lehrgebäude, aus dem nicht ein Stein genommen werden darf, weil es sonst zusammenstürzt.

X.

Freisinnige Volkspartei. Handwerk und Gewerbe.

Die freisinnige Volkspartei hält es für ihre Aufgabe, nach Kräften auf die Hebung des Handwerks und die Besserung seiner wirtschaftlichen Lage bedacht zu sein. Das deutsche Volk ist unter der Gewerbefreiheit zu einer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf allen Gebieten gelangt, wie sie früher nie bestanden hat und kaum für möglich gehalten worden ist. Unbeschadet einzelner durch besondere Verhältnisse gebotener Einschränkungen muß Grundlag in erster Linie bleiben: Aufrechterhaltung der Gewerbefreiheit als der Grundlage der modernen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Freisinnige Volkspartei stellt sich aber den zutage getretenen Missetänden gegenüber auf den Boden der gegebenen Verhältnisse und erstrebt praktische Reformen.

Sie will vor allen Dingen die Ausbildung der Handwerker fördern durch gewerbliche Fortbildungs- und Fachschulen, sowie Lehrwerkstätten. Sie will das Genossenschaftswesen dem Handwerk nutzbar machen durch Organisation genossenschaftlichen und darum billigeren Einkaufs von Rohmaterialien und des genossenschaftlichen Absatzes durch gemeinsame Magazine und Verkaufsläger. Durch genossenschaftliches Zusammenwirken soll die Konkurrenzfähigkeit des Handwerks gegenüber den Fabrikbetrieben gehoben werden.

Die Freisinnige Volkspartei verwirft aber die staatliche Bevorzugung von Beamten- und Offiziersvereinen, weil sie es nicht für richtig hält, daß einzelne Klassen staatlicher Angestellter sich derart für sich organisieren im Gegensatz zu bürgerlichen Geschäftstreibenden. Die Freisinnige Volkspartei tritt für die Pflege der Handwerker-, Gewerbe- und Gewerksvereine ein. Das Zusammenwirken von Handwerkern und Fabrikanten in solchen Vereinen, in denen der eine vom andern lernt, Rat nimmt und Rat erteilt, hat sich als außerordentlich segensreich erwiesen. Vor allem sucht die Freisinnige Volkspartei die Borgwirtschaft im Handwerksleben zu bekämpfen. Die weitverbreitete Gepflogenheit, den Handwerker mit der Bezahlung der Rechnungen lange Zeit warten zu lassen, ist geradezu ein Krebsgeschwür. Die Borgwirtschaft entzieht dem

Handwerker die nötigen Barmittel und erschwert ihm den rechtzeitigen und billigen Einkauf des Rohmaterials. Auch bei den Arbeiten der Handwerker für Staat und Gemeinde treten nicht selten Missetände hervor, die der Abhilfe bedürfen. So ist eine Umgestaltung des öffentlichen Submissionswesens, die dem das Handwerk schädigenden Unterbieten der Konkurrenten steuert, dringend erwünscht. Auch die Schäden, die dem freien Handwerk aus der Gefängnisarbeit erwachsen, müssen beseitigt werden. Eine Einschränkung der Militärwerkstätten ist infolge des fortgesetzten Drängens von freisinniger Seite insoweit herbeigeführt worden, als bei den Bekleidungsämtern die Militärmannschaften durch Zivilhandwerker schon ersetzt worden sind oder noch ersetzt werden. Die praktischen Maßnahmen, wie sie die Freisinnige Volkspartei vor schlägt, sind geeignet, wirklichen Nutzen für das Handwerk zu schaffen.

Einsichtige Handwerker, die mit offenen Augen und klarem Verstand die Entwicklung der Dinge verfolgen, werden nicht im Zweifel sein, daß die Freisinnige Volkspartei und ihr

Kandidat Georg Reimann

die besten Förderer und Freunde von Handwerk und Gewerbe sind.

Landwirtschaft und freisinnige Volkspartei!

Das Gedeihen der Landwirtschaft ist von der größten Bedeutung für die Wohlfahrt des Ganzen. Deutschland ist zwar nicht mehr überwiegend ein landwirtschaftlicher Staat, vielmehr haben Industrie, Handel und Gewerbe mehr und mehr an Bedeutung gewonnen und beschäftigen gegenwärtig erheblich mehr Personen, als das landwirtschaftliche Gewerbe. Aber die Landwirtschaft ist



bleibt ein so gewichtiger Faktor des volkswirtschaftlichen Lebens, daß ihrem Wohlergehen allzeit die ernsteste Aufmerksamkeit angewendet werden muß. Die Freisinnige Volkspartei zählt in Tausenden Reichen Tausende von Landwirten, wie denn auch der parlamentarischen Vertretung der Partei Landwirte aus den verschiedensten Gegenden des Vaterlandes angehören. Die Freisinnige Volkspartei fordert daher im Interesse der Landwirtschaft: Berechtigung zur freien Veräußerung, Vererbung, Teilung und Zusammenlegung des Grundeigentums; Beseitigung der Hindernisse, welche einer

Mehrung des bäuerlichen Besitzes und der Ansässigmachung von Arbeitern entgegenstehen: daher Veräußerung von Domänen, Einschränkung des Besitzes der toten Hand, Aufhebung der Fideikommissionen, Höferrollen und Auerbenrechte, sowie Förderung der inneren Kolonisation, — Meliorationen, Regelung der Wasserläufe, wirksamen Schutz gegen Wildschaden, namentlich durch Einschränkung des Hochwildes, Erweiterung des landwirtschaftlichen Fachunterrichts, Pflege des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens, Schaffung leistungsfähiger Gemeinde- und Kommunalverbände.

Prinzipientreue der Sozialdemokraten!!!

Wie an vielen anderen Orten, so haben sich auch in Elbing kürzlich die „Genossen“ gegen die Einführung der Verhältniswahl für das Gewerbegericht ausgesprochen. Die dortige nationale Arbeitergesellschaft hatte einen diesbezüglichen Antrag an die städtischen Behörden gestellt. Der Magistrat verteilte daraufhin zur Prüfung der Angelegenheit eine Kommission, an welcher Vertreter der Krankenkassen-Vorstände, Interessenten und der verschiedenen Organisationsrichtungen teilnahmen. Während alle übrigen Anwesenden sich für die Einführung der Verhältniswahl aussprachen, erklärten sich die anwesenden Sozialdemokraten

„einstimmig dagegen“.

Zwar konnten sie nicht leugnen, daß das Proportionalwahlsystem das gerechteste Wahlverfahren ist; sie erklärten aber, den Anträgen nicht abzugeben zu können, auf dem sie sitzen. In der Stadtverordnetenversammlung wiederholte sich daselbe Schauspiel. Auch hier führte der Redner der sozialdemokratischen Fraktion aus, daß seine Gefinnungsgenossen aus den oben angeführten Gründen gegen den Antrag der nationalen Arbeitergesellschaft stimmen würde. Interessant war die Bemerkung, daß das Verhältniswahlsystem noch in keiner größeren Stadt Eingang gefunden hätte. Die Stadt Elbing habe deshalb gar keine Veranlassung, das Verhulstarnikel zu spielen. Die Arbeitgeber hätten ja dadurch auch nur mehr Arbeit, da sie den Arbeitern Wahlbescheinigungen ausstellen müßten usw. Bezeichnend für die Pflichttreue des sozialdemokratischen Redners war auch die Bemerkung, daß er die Vorlage noch nicht einmal gelesen und geprüft hätte, obgleich sie schon seit vier Wochen in den Händen sämtlicher Stadtverordneten war.

Deutsche Arbeiter wacht auf! Seht, wie die Sozialdemokraten allüberall das gerechteste aller Wahlssysteme verneinen!

Die Sozialdemokraten vertreten den alten reaktionären Grundsatz:

„Macht geht vor Recht.“

Sozialdemokratie und Religion.

Der Sozialdemokrat Liebknecht sagte einstmals in einer Rede: „Das Christentum ist Knechtseligkeit, Fäulnis, Glaube, Tod. Das Christentum ist ein Gespenst der Vergangenheit.“ Welch fanatischer Haß gegen alles Christliche spricht aus diesen Worten des früheren sozialdemokratischen Reichstagsabg. Liebknecht! „Nur die Bibel, vorausgesetzt, daß ihr den Ekel überwindet, der euch ergreifen muß, wenn ihr das infamste aller Schandbücher aufschlagt, und ihr könnt bald merken, daß der Gott, den man euch aufschwätzt, ein feuerstetender, rache-lustig blickender, wüster Dämon ist.“

Religion ist Privatsache.

Wieder liegen Beispiele vor für die geradezu brutale Unzuldsamkeit, mit der die Sozialdemokratie Anörungen religiösen Lebens verfolgt.

Wie die „Deutsche Reichspost“ berichtet, lag in Stuttgart in ihrem Zimmer eine arme kranke Witwe allein und verlassen. Eine Diakonissin und der zuständige Geistliche besuchten sie täglich. Das war dem sozialdemokratischen Hausbesitzer zuwider; er kündigte der kranken Frau die Wohnung mit der Begründung, er dürfe keine Diakonissin und keinen Pfarrer in seinem Hause. Ein anderer Fall passierte in Breslau. Dort heiratete, wie die „Schles. Volksztg.“ berichtet, ein Gewerkschaftsbeamter B. und ließ sich, obwohl Dissident, kirchlich trauen. Wegen dieses Vergehens wurde beim Gewerkschaftstarell der Antrag gestellt, dem Genossen zu kündigen. Das Urteil wartete B. dann nicht erst ab; er legte sein Amt nieder.

Dabei behaupten die Sozialdemokraten in jüngster Zeit in Wahlkämpfen, daß sie die wahren Christen seien.

Worauf es der Sozialdemokratie ankommt?

Worauf es der Sozialdemokratie ankommt bei ihrer Arbeit, hat mit anerkannter Offenheit der Sozialdemokrat Horn in Köslin auf dem Parteitag der pommerischen Sozialdemokratie eingestanden:

„Unsere ganze Arbeit“, so schloß er seinen Vortrag nach dem „Vorwärts“ vom 29. 8. 08 in Nr. 202, „wird auch in Zukunft Aufklärungsarbeit sein. Die Landarbeiter sind viel zu zufrieden. Wir müssen sie unzufriedener machen, sie aufheken gegen Verhältnisse, die als menschenwürdig nicht zu bezeichnen sind.“

Nicht Verbesserung der Lage des Arbeiters will die Sozialdemokratie. Zufriedene Menschen kann sie nicht gebrauchen. **Verheßte und unzufriedene Arbeiter will die Sozialdemokratie, nichts weiter.**

Sozialdemokratie und Bauern.

Die sozialdemokratische „Märkische Volksstimme“ zu Guben schrieb am 18. Juni 08 über die Bauern folgendes: „Man kennt den Bauerntypus an der glattrasierten oder mit lecken Stoppeln besetzten Bijage. Jedes Kind weiß den Bauern vom Städter nicht nur an seiner Kleidung, sondern auch an seiner Bartlosigkeit zu erkennen. Diese schwerfälligen und denksfaulen Scharen waren es, welche der Abgeordnetenwahl in Kottbus ihr charakteristisches Gepräge gaben. — Schleppenden Ganges und ihre Stintadores schmauchend, bewegten sich gestern die Bartlosen und ihre adeligen und halbadeligen Treiber vom Hotel Nischitz zum Wahllokal von Koltwitz. — — — So haben die Konservativen (Herr Minister von Dirschen und Herr Henning) noch einmal den Sieg davongetragen, dank des Dreiklassenwahlrechts, des ländlichen Terrorismus der feudalen Schnapphähne und der chimborassohohen Dummheit der ländlichen Bevölkerung. Hoffentlich haben wir nach diesem albernem und nichtsnutzigen Wahlssystem zum letztenmal gewählt.“

und
und
nun
nd in
schaft.
Pro-
über
liche
werden
es
Europa
den
sen-
h der
wischen
hängt,
glieder
Eng-
richtung
Jahr-
steins
in dem
stendes
ogma-
i wer-
X.
recht-
ei den
nicht
st ein
das
leuert,
ndwert
Eine
sfehten
orden,
durch
werden.
spartei
erk zu
klarem
nicht
M
e sind.

Die Revolution der Sozialdemokratie.

In einer Versammlung zu Lichtenberg bei Berlin erklärte der sozialdemokratische Stadtverordnete und Redakteur des „Vorwärts“ Herr Düwelle in einer Erwiderung auf einen Vortrag des Landtagsabgeordneten Dr. Schepp: „Wenn die 500 Millionen Mark neuer Steuern nur auf dem Wege der direkten Besteuerung aufgebracht würden, dann wäre die Revolution da.“ Nun wollten die Sozialdemokraten jene Summe nur durch direkte Steuern aufbringen. Sie hätten damit also direkt auf die Revolution hingearbeitet.

Sozialdemokratischer Sauherdenton.

Die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ schrieb am 29. November 04 in einer Besprechung über die Beratungen des Zolltarifs folgendes:

„Die konservativen Wegelagerer, die Zentrumsgeuner, die nationalliberalen Jesuiten, als der oberste der Philister, Eugen Richter, fielen wie eine Horde Krippenreiter über die ahnungslose Minderheit her, der Hauptmann der Bande, der parlamentarische Stroh von Karboff, machte den Regisseur, der Reichsregierungsrat Spahn illustrierte die deutsche Klassenjustiz in Permanenz durch einen niederträchtigen Staatsstreich, und der beschäftigungslose Advokat und Streber Bassermann gab zum ersten Male in seinem Leben einen juristischen Kommentar. Es ist heute überflüssig, an die schamlosen Bubenstücke, an die infame Unbescheidenheit dieses parlamentarischen Gesindelns zu erinnern, das damals wie ein Sauherde über Geschäftsordnung und Verfassung hereinbrach und niedertrampelte, was ihm im Wege war.“

Arbeitergroßhen.

Der einstige Genosse Hartmann in Görlitz hat in einem „Eingefandt“ an den „Neuen Görl. Anz.“ (abgedruckt in der „Tägl. Rundschau“ Nr. 16, vom 11. Jan. 1908) erklärt, daß in der Sozialdemokratie der oberste Grundsatz gelte: „Zahlen, zahlen und Maul halten.“ Und der Arbeiter G. Tietzsch, ehemals ein eifriger sozialdemokratischer Parteigänger, schrieb an den „Fränk. Kur.“ (nach dem „Erlanger Tageblatt“ vom 29. 4. 08) folgendes: „Ich war Verwaltungsmitglied und weiß, wie es gemacht wird. Ich werde Sorge tragen, daß die Nürnberger Bauhilfsarbeiter darüber aufgeklärt werden, auf welche Art und Weise mit den Arbeitergroßhen gewirtschaftet wird.“

In der Vorrede zu seinen „Spiegelbildern aus der Sozialdemokratie“, Dresden 1904, schreibt Franz Friede:

„Nach annähernd 20jähriger Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei und einer 16jährigen agitatorischen Wirksamkeit, sowohl in politischer wie gewerkschaftlicher Hinsicht, kehrte ich anfangs März dieses Jahres derselben freiwillig den Rücken. In dem ich reichlich anderthalb Jahrzehnte Gelegenheit hatte, das innerste Getriebe der Parteibewegung kennen zu lernen, war es mir möglich, zu beobachten, wie Korruption und Prinzipienchwandel, gepaart mit spekulativem Egoismus des größten Teiles sozialdemokratischer Parteigewaltiger immer mehr die Oberhand in der Bewegung gewannen.“

Phantasien eines Wahnsinnigen.

Aus ihrem Herzen keine Mördergrube macht die sozialdemokratische „Arb.-Ztg.“ zu Dortmund in ihrem Begrüßungsartikel, den sie dem Kaiser anlässlich der westfälischen Hohenlyburgfeier gewidmet hat. Man liest da folgende im ausgesprochensten Sauherdenton abgesetzten Maßlosigkeiten:

„Wir sollten mit Jubelhymnen den Tag begehen, der einst das Land der roten Erde mit diesem Staat verband? Nein und dreimal nein! Mühsprengen sind wir, niemals aber sind wir Preußen des Herzens. Diesem Staat in seiner heutigen Form, diesem Hort der Barbarei und Tyrannei, hat die Sozialdemokratie Kampf angesetzt — Kampf auf Leben und Tod. Ihn zu unterwühlen, die

Murzeln seiner unheilvollen Macht zu untergraben, gehört zu den vornehmsten Aufgaben des klassenbewußten Proletariats! Wir lieben diesen Staat nicht — wir hassen ihn. Die Hassenden grüßen Dich, Cäsar! — Haben wir, die Arbeiter, haben gerade die westfälischen Arbeiter irgend welchen Anlaß, heute Wilhelm II. zu feiern? Die „Kotte“ grüßt Dich, Cäsar! Die „Pest“ grüßt Dich! Die „Glenden“ grüßen Dich! Die „Reichsfeinde“ grüßen Dich! Dich, Cäsar, grüßen die vaterlandslosen Gesellen! Laut schalle unser Festgruß hinein in der Schmausenden Reihe: Laut schalle den grüßen Dich, Kaiser! Aber nicht nur die Hungernden grüßen Dich — es grüßen Dich in ihnen zugleich die, welche nicht mehr hungern wollen. Wir sollen nicht mehr Amboß sein, nicht länger soll der faule Rauch verschleimen, was fleißige Hände erwarbent! — Erkenne Deine Macht, Mann der Hütte, Mann des Schachtes, Mann der Fabrik und Mann der Werkstatt! Vorwärts! Vorwärts! Und: immer wieder vorwärts! Schließt die Reihent! Im fernem Morgendämmern schon zeigt sich die leuchtende sozialistische Zukunft, in der es keine Herren und keine Knechte, keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr geben wird, in der hinter uns liegen wird, wie ein wüster, böser Tyrann, die kapitalistische Zeit mit all ihrer Barbarei, all ihren Tränen, all ihrem Jammer! — Die Kämpfenden grüßen Dich Cäsar! Es grüßen Dich die Sieger von morgen!“

Die „Tägl. Rundschau“ bemerkt dazu:

„Sich mit solcher stammelnden Kasererei irgendwie auseinanderzusetzen, wäre so sinnlos, wie unmöglich. Sie muß man mit der Resignation eines Irrenarztes anhören. Aber anhören muß man sie, um zu wissen, wie das Barometer des Klassenhasses in deutschen Landen steht.“

Die Sozialdemokratie und die deutsche Ehre.

Ein Mahnwort an „Mitläufer“.

Die Sozialdemokratie stellt sich, als wenn sie die eigentliche Arbeiter-Reform-Partei wäre! Was tut sie? Sie stimmt fast gegen alle sozialpolitischen Gesetze. Sie verweigert den ganzen Staatshaushalt, also alle Mittel, um Reformen durchzuführen.

Im Gegensatz zu den französischen, englischen, italienischen Sozialisten haben die deutschen Sozialdemokraten kein Herz für die Ehre des Vaterlandes!

Beweis: Wie jedermann bekannt ist, wurde im Jahre 1900 ein unerhörter Völkerrechtsverdel gegen den deutschen Gesandten in China begangen: Er wurde schändlich von den Jopsträgern ermordet, die deutsche Fahne in den Schmutz getreten. Die strenge Bestrafung solchen Verbrechens mußte nach der Auffassung aller Kulturvölker ein Gebot nationaler Ehre sein. Deshalb billigte die freisinnige Volkspartei, trotz aller Sparsamkeit im Interesse des Volkes, den von der Reichsregierung verlangten Kredit von 300 Millionen für die Entsendung einer Heeresabteilung nach China, wie sie überhaupt da, wo die Ehre des Vaterlandes es erfordert, noch niemals einen Augenblick gezauert hat, ihre Zustimmung zu notwendigen Ausgaben zu geben. Unter allerhand nichtigen Vorwänden hat die Sozialdemokratie die Genehmigung der nötigen Mittel verweigert und damit gezeigt, daß die geliebten „Boxer“, die chinesischen Gesandtenmörder, ihr näher stehen, als die deutschen Soldaten. Bebel und andere haben ja noch stets große Sympathien für Boxer und ähnliches Gesindel gezeigt.

Da machen wir nicht mit: Wir bekämpfen alle Auswüchse des Militarismus (Soldatenmishandlungen usw.), wir bekämpfen die Klasseneinbildung der bevorrechteten Soldatentaste, wir sehen das Heer als das „Volk in Waffen“ an, wir sind für möglichste Sparsamkeit und Schonung der schwachen Schultern auf dem Gebiete des Militärwesens. Wir wollen u. a. daß jedem Soldaten einmal im Jahre freie Eisenbahnfahrt bis zu seinem Heimatsort gewährt wird, wir wollen eine Unterfützung der Kriegsinvaliden usw. Wir kämpfen seit vierzig Jahren für Abkündigung der Dienstzeit, aber wir treten, wo es sein muß, für deutsche Ehre und deutsche Wehrkraft ein!

So war es und so wird es bleiben, trotz aller Schmähsungen der Sozialdemokraten.

Die gehende selbst Arbeiter...
Die sozi...
Ber...
sozial...
richtet d...
Be...
sich bezi...
35 M...
7 3/4 Ja...
Stunde...
In...
Jumverei...
trag vor...
Verläufe...
gegeben...
müet mo...
Als...
rats, no...
Lagerha...
wir sind...
Frage, u...
bezahle...
sich aus...
Die...
man bis...
digungsf...
zentralv...
Stellung...
den, das...
Es ist d...
verband...
man eben...
2. Ge...
nicht besse...
traurige L...
bei Hung...
methode“...
„Vorwärts...
schönigen...
Es ist...
wärt“ le...
bestätigen...
ringten i...
löse Beha...
Arbeitsgeb...
folgenden...
(Die Ein...
„Der...
sammlung...
Lagerhalt...
kretierte d...
Lohn- un...
1908. Bo...
Mit diese...
tigten Pe...
216 Frau...
1760 Berf...
halter un...
Die A...
ungewöhnl...
hätte eine...
von 61 bis...
194 eine jo...
91 bis 96...
47 einen V...
10 bis 10 1/2

Sozialdemokraten als Arbeitgeber.

Die Sozialdemokratie stellt in den Parlamenten weitgehende Anträge für Arbeiter und Angestellte. Wo sie aber selbst Arbeitgeberin ist, da herrscht in bezug auf Löhne und Arbeitszeit die größte Mißwirtschaft.

Lange Arbeitszeit und geringer Lohn, das ist es, was die sozialdemokratischen Betriebe vielfach kennzeichnet.

Beweise: 1. Aus einer Versammlung, in der es über sozialdemokratischen Konsumverein für Striesen herging, berichtet das „Handlungsgehilfenblatt“ vom 1. Oktober 1899:

Bei einer Arbeitszeit von 71 bis 72 Stunden wöchentlich beziehen die Verkäuferinnen das horrenden Gehalt von 35 Mk. pro Monat, das macht pro Stunde 10 Pfg. Nach 7 3/4 Jahren erreichen sie den Höchstfuß von 23 Pfg. pro Stunde.

In der letzten Generalversammlung des Striesener Konsumvereins habe man den Verkäufern einen Arbeitsvertrag vorgelegt, der den wunderbaren Satz enthielt: „Der Verkäufer hat sich den Bestimmungen zu unterwerfen, die schon gegeben sind, auch den noch zu gebenden.“ Etwas Derartiges mutet man den Angeheilkten zu!

Als man Herrn Starke, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, vorhielt, daß im Striesener Konsumverein statt der Lagerhalter Mädchen angestellt würden, äußerte er: „Nun, wir sind doch für Gleichberechtigung!“ Auf die weitere Frage, warum man dann die Mädchen nicht auch ebenso bezahle wie die Lagerhalter, schwieg sich Herr Starke freudlich aus.

Die Verkäuferinnen im Konsumverein Striesen hat man bis vor kurzem gezwungen mit vierzehntägiger Kündigungsfrist engagiert, und als in dem einen Falle der Zentralverband der Handlungsgehilfen u. G. D. hiergegen Stellung nahm, äußerte Herr Guba dem betreffenden Mädchen, das sich an den Verband gewandt hatte, gegenüber: „Es ist doch unrecht von Ihnen, Fräulein, sich an den Zentralverband zu wenden, wenn man gekündigt bekommt, dann geht man eben!“

2. Es ist in sozialdemokratischen Betrieben bis zur Stunde nicht besser geworden, es ist so gut wie nichts geschehen, um das traurige Los der Angestellten zu bessern, die Dividendenjäger bei Hungerlöhnen, und die „echt kapitalistische Auspöckerungs- methode“ zu beseitigen. Wir führen dafür das Zeugnis des „Vorwärts“ selbst an, der die Dinge gewiß doch lieber beschönigen, als zu schwarz malen würde.

Es ist darum noch von besonderem Wert, daß der „Vorwärts“ selbst noch in allerlehter Zeit, am 12. Mai 1909, bestätigt muß, daß die Sozialdemokratie nicht in geringsten instande war, im Laufe dieser Jahre die skandalöse Behandlung der Arbeiter in Betrieben, wo sie selbst Arbeitgeberin ist, irgendwie zu bessern. Er veröffentlicht folgenden Bericht, natürlich an möglichst versteckter Stelle. (Die Einfügungen in Klammern stammen vom Verfasser):

„Der kürzlich in Frankfurt a. M. tagenden Generalversammlung des (sozialdemokratischen) Zentralverbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands unterbreitete der Vorstand des Verbandes eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mitglieder im Jahre 1908. Von 481 ausgegebenen Fragebogen gingen 407 ein. Mit diesen wird über ebensolche Vereine mit 2011 beschäftigten Personen berichtet. Davon sind 1705 Männer und 246 Frauen. Organisiert sozialdemokratisch sind insgesamt 1760 Personen oder 87,51 Proz. Davon sind 1662 Lagerhalter und 98 Lagerhalterinnen.“

Die Arbeitszeit in verschiedenen Betrieben ist oft eine ungewöhnlich lange. Von 1941 Betrieben haben 47 Angestellte eine Arbeitszeit von unter 60 Stunden, 636 eine solche von 61 bis 70 Stunden, 1059 eine solche von 71 bis 80 Stunden, 194 eine solche von 81 bis 90 und 5 sogar eine Arbeitszeit von 91 bis 96 Stunden. (D. h. von 1941 Betrieben haben nur 47 einen Arbeitstag bis zu 10 Stunden, 1894 dagegen einen 10- bis 16stündigen Arbeitstag.)

Die Gehaltsverhältnisse gestalteten sich folgendermaßen: unter 80 Mark Monatsgehalt hatten 109 Angestellte

81—90	„	„	66	„
91—100	„	„	187	„
101—120	„	„	318	„
121—130	„	„	205	„
131—140	„	„	189	„
141—150	„	„	165	„
über 150	„	„	165	„

3. Frühere Angestellte in der Druckerei des „Vorwärts“ erklärten folgendes: „Es dürfte kein Fall in der modernen Arbeiterbewegung zu verzeichnen sein, in dem das Herr-im-Saujetum scharsmacherischer Unternehmer in Konflikten mit Arbeitern so harinädig und erfolgreich jede Verhandlung vereitelt, wie die „Aufsichtsinflanz“ des „Vorwärts“.“

Der „Korrespondent“, ein sozialistisches Organ der Buchdrucker, schrieb damals:

„Keine Druckerei in Deutschland hat jemals eine so raffinierte Kontrolle über die Arbeit der Maschinenseher ausgeübt, als gerade die Druckerei des „Vorwärts“. Es muß gesagt werden, daß in jedem bürgerlichen Geschäft eine Kontrolle über die Leistungen, wie sie im „Vorwärts“ geübt wurde, mit dem Streik beantwortet worden wäre.“

Der Sekretär des Buchdruckerarbeitsamtes, Paul Schliebs, schrieb in einem Brief an den „Korrespondent“, daß 1904 im Tarifauschuß von den Gehilfenvertretern dem allgemeinen Unwillen Ausdruck gegeben wurde, weil „sich in dem Schmajchinenbetrieben des „Vorwärts“ eine Kontrolle breitgemacht habe, die nicht zu ertragen sei.“

4. Einen hübschen Eindruck in die Arbeiterbehandlung in der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ gewährt folgender Bericht der „L. A.“ vom 16. April 1908:

„Die Zustände schreien zum Himmel. Aber nicht etwa in der Druckerei eines geldgierigen bürgerlichen Unternehmers und „Ausbeuters“, sondern in der „Leipziger Volkszeitung“. So klang es aus einer Buchdrucker-versammlung heraus, die sich vorgestern abend im Zentraltheater neben andern Punkten auch mit den Zuständen in der Druckerei des sozialdemokratischen Organs beschäftigte. Der Vorsitzende Engelbrecht erstattete das Referat und schilderte, wie es im Rotationsmaschinenaal und in der Stereotypie der „Leipziger Volkszeitung“ zugeht. Die Versammelten waren einfach verblüfft.“

Die Kräfte werden bis zum letzten ausgenutzt. Schon mehrmals sind die Arbeiter der „Leipziger Volkszeitung“ vorstellig geworden und haben sich gegen die horrenden Ueberstunden gewendet, deren es (wie der Vorsitzende betonte) in keiner andern Leipziger Druckerei so viele gibt ... aber vergeblich. Die Stereotypen sind dem Verzweifeln nahe. Trotz der erheblichen vermehrten Arbeit (viele Drucksachen, die erst in andern Offizinen gefertigt wurden, sind jetzt mit der Druckerei der „Volkszeitung“ überwiesen) wurden nicht mehr Arbeitskräfte eingestellt. ... Bei den Geschäftsführern S. und L., die Fachleute sind, hoffte man auf Verständnis. Die Beschwerdeführer wurden auch empfangen. Aber es wurde ihnen lächelnd erwidert, daß es sich immer nur um Ausnahmen handle (die die „Volkszeitung“ natürlich bürgerlichen Geschäften gegenüber nicht gelten läßt), die sogenannte Preßkommission solle davon in Kenntnis gesetzt werden. Also die Geschäftsführer als Fachmänner haben nicht einmal soviel Macht, die Sache aus eigener Befugnis zu regeln, wie es doch in jedem andern Betriebe seitens des Faktors geschieht. Hier muß erst die Preßkommission befragt werden, die aus Angehörigen anderer Erwerbszweige, aber nicht aus Buchdruckern besteht. ... Die in der Versammlung anwesenden Vertrauensleute des „Volkszeitungs“-Personals mußten das Bestehen der Uebelstände freimütig zugeben. Die Versammlung drückte dem Vorstand ihre Anerkennung aus, daß er auch im Falle der „Leipziger Volkszeitung“ seine volle Schuldigkeit getan habe.“

So profitwütig, so ausbeuterisch wie jene sozialdemokratische Betriebe dürfte wohl selten ein bürgerlicher Arbeitgeber sein. Darum los von der Sozialdemokratie!

zu den
! Wie
grüßen
ie west-
11. zu
ist Dich!
n Dich!
t schalle
ungern-
grüßen
ht mehr
t länger
wardent
Schachles,
is! Vor-
Reibent!
de sozia-
te, keine
e, in der
die lapt-
all ihrem
s grüßen
einander-
mit der
muß man
in deut-
Ehre.
igentliche
mmt fast
in ganzen
süßigen.
Nemischen
Berz für
ahre 1900
Besandten
sprägern
ie strenge
r Kultur-
lligte die
ereffe des
edit von
ung nach
andes es
ihre Zu-
allerhand
schmigung
s die ge-
er stehen,
noch stets
ezeigt.
nächste des
nupien die
sehen das
die Spar-
Gebiete
aten ein-
emotsort
invaliden
er Dienst-
deutsche
hängungen

Die Sozialdemokraten im Abgeordnetenhaus.

Um uns über die praktische Arbeit der Sozialdemokraten im preussischen Abgeordnetenhaus zu vergewissern und um den Genossen ja nicht unrecht zu tun, machten wir uns kürzlich daran, die zahlreichen Folianten über die Verhandlungen im preuss. Abgeordnetenhaus zu wälzen. Und was war der Erfolg unserer Suche? Ein halb Duzend Anträge von keineswegs weiterjährender Bedeutung. Außerdem aber Reden und immer wieder Reden! Reidos unterstellen wir als wahr, daß die Genossen, was das Quantum an oratorischen Leistungen betrifft, die sämtlichen übrigen Parteien verhältnismäßig übertreffen haben. Daß sie sich in derartige Untkosten stürzten, ist ja auch weiter nicht verwunderlich. Denn wenn eine Partei, wie die sozialdemokratische, jahrzehntelang über den preussischen Landtag die Nase rümpft und die in ihm verhandelten Dinge für so irrelevant erklärt, daß auch die preussischen Abgeordnetenwahlen ein gutes Agitationsmittel abgeben, mit Feuersreier auf sie losfährt und die preussischen Angelegenheiten als die allerwichtigsten der Welt hinstellt, dann bedarf ein solcher Frontwechsel wohl ausführlicher Begründung im Parliamente. Leider haben die Genossen trotz ihrer vielfachen Reden eine solche Begründung nicht gegeben. Ihre Beredsamkeit erhob sich, selbst wenn man die geschmacklosten des Jehngebote-Hoffmann außer acht läßt, nicht über das Niveau traurigster Volksveriammungspolemik und war wahrhaftig nicht geeignet, die Beratungen jährlich oder gar im Sinne der Sozialdemokratie zu fördern. Der „Vorwärts“ freilich ist mit diesen Redeergüssen sehr zufrieden. Er rühmt sie sogar noch und setzt ihre entschiedene Tonart in angenehmen Gegensatz zu der angeblich vorsichtigen Ausdrucksweise des Freisinns, dem er vorwirft, daß er nicht regelmäßig auf alle Provokationen der rechten Seite mit dem ganzen Fundus unentwegter Bekenntnistreue erwidert habe. Du lieber Gott! Der entschiedene Liberalismus, der weit über ein Menschenalter in Preußen den Kampf um den Fortschritt führt und darin auch trotz seiner geringen Zahl manchen schönen Erfolg errungen hat, hat es wahrhaftig nicht nötig, bei jeder kleinsten Gelegenheit sämtliche Register zu ziehen. Die Sozialdemokratie dagegen, die noch gar nichts geleistet und noch nicht einmal etwas versucht hat, bedarf wohl eher solcher „gründlichen“ Auseinandersetzungen mit ihren Gegnern! Und was insbesondere die Tonart angeht, so ist die lediglich Sache des Temperaments und des Anstands. Sie ist auch innerhalb der sozialdemokratischen Partei, Gott sei Dank, nicht stets die gleiche rauhebeinige, und wenn Dr. Frank

und Stadthagen, oder wenn Mollenbuhr und Zubeil über dieselbe Sache sprechen, so klingt das oftmals ganz wesentlich anders. Nun aber ist es mit den Reden allein im Parlament nicht geschehen, am allerwenigsten mit solchen, wie sie von Sozialdemokraten gehalten werden; waren sie doch nur darauf berechnet, die Gegner zu reizen und — das Auftreten Ströbels bei der Beratung der Wahlrechtsanträge ist dafür ein klassisches Beispiel — die in bestimmten Fragen nahestehenden Parteien abzustößen. Es kommt vielmehr auch darauf an, mitzuarbeiten. Was ist aber von den Genossen in dieser Beziehung geschehen? Erschreckend wenig! Wir haben im ganzen nur sieben sozialdemokratische Anträge ausfindig gemacht. Von ihnen bezogen sich zwei auf die Auslegung der Strafvollstreckung gegen Liebkecht, behandeln also eine mehr interne Angelegenheit des Abgeordnetenhauses. Die übrigen Anträge, die sogar zum Teil noch in Konkurrenz mit anderen Parteien gestellt wurden, betreffen Dinge von durchaus untergeordneter Bedeutung.

Aber, so wird man fragen, was hat denn die sozialdemokratische Fraktion bei den allerwichtigsten Beratungsgegenständen der vorigen Session ausgerichtet, bei der Gehaltsreform und bei den Steuergesetzesnovellen? Antwort: Gar nichts. Die Genossen beschränken sich hier auf wohlfeile Reden zum Fenster hinaus und auf zurzeit unmögliche Amendements, und wenn nicht die Freisinnigen mit den übrigen bürgerlichen Parteien bei der Besoldungsordnung ein Kompromiß abgeschlossen hätten, so daß dem Finanzminister, sowie dem Herrenhause eine geschlossene Bilanz gegenüberstand, dann wäre insbesondere für die Unterbeamten bei weitem nicht das erreicht worden, was schließlich zustande gekommen ist. Das mußten auch die Sozialdemokraten anerkennen, und so stimmten sie in der dritten Lesung für das Beamtenbesoldungsgesetz. Dem Kompromiß der Parteien des Abgeordnetenhauses in bezug auf das Lehrerbefoldungsgesetz schlossen sich die Sozialdemokraten sogar vornehmlich an. Also auch hier bewegten sich die Genossen im Gefolge der bürgerlichen Parteien!

Hiernach haben „Vorwärts“ und „Neue Zeit“ jeinerzeit sehr weise gehandelt, als sie die Tätigkeit ihrer Genossen im Abgeordnetenhaus mit einem wohlwollenden Schleier bedeckten. Es ist damit wirklich kein Staat zu machen. Um so anmaßender ist jetzt das Auftreten der Sozialdemokratie in der Wahltagation.

Freunde der Ordnung! Gegner des Umsturzes!

Am 26. November darf nur

Georg Reimann-Berlin

gewählt werden.

Keine Stimme einem Sozialdemokraten!
Wählt und veranlaßt auch Andere zum Wählen!
Wahlrecht bedeutet Wahlpflicht!

Der 26. November muß der Partei der Verhekung in unserer Heimat ein für allemal den Todesstoß versetzen!

Otto Hendel, Halle-S.

L
1909
Wanggr
Die Halle
Gourier (H
Gefährte
L. Lehon 1
Die
selbstent
Für
bedachent
erforderlich,
11 201 297
einmaligen
vollgenden
von Kinder
Der W
1 334 727
fortdauernd
10 991 46
und Armen
für Neubau
Erste Kateg
„Erfolg Weg
die Keinen
die Torped
Beschaffung
funde mit 10
Erats entfall
1 761 560
Zu Er
ben ordent
1 035 500
Reichsvor
Beiträge de
gefordert.
(+ 132 022
66 000 M.
Zentralstelle
Erats, die u
afrika und
(2 556 965
Mitteln des
n a d L a i
sehen. Die
werden dadu
Der Va
und Ausgab
für ordentli
Reichsjuden
29 617 542
ordentlichen
Dem G
lung der W
kolonialamt
soll der Gr
wendigen E
zubringen.
gebietsbeam
bis herige W
die neu fest
sechs Jahre
Dienstalters
nach den
chieden dem
Der G
ch. Der B
zur Befam
gestellt. Zü
lung eines
Jugentlate

